

Friedensverhandlungen: Die Quadratur des Kreises

Als sich der UN-Sicherheitsrat und die Co-Präsidenten der Pariser Kambodscha-Konferenz (IPC), der französische Außenminister Roland Dumas und der indonesische Außenminister Ali Alatas, Ende letzten Jahres auf einen umfassenden UN-Friedensplan einigten, waren die internationalen Weichen für eine Regelung des kambodschanischen Konfliktes gestellt.

Die größte Schwierigkeit für eine schnelle Beilegung der Auseinandersetzungen in und um Kambodscha blieb jedoch bestehen: die Einigung der untereinander zerstrittenen kambodschanischen Fraktionen. Bis zum heutigen Zeitpunkt konnten sich die Parteien nicht auf eine einheitliche Politik der nationalen Versöhnung einigen. Der Aufforderung der UNO, dem UN-Plan bedingungslos zuzustimmen, sind bis heute nur die drei Parteien der Widerstandskoalition nachgekommen. Von der Phnom Penh Regierung wird der UN-Plan weiterhin kritisiert, weil er angeblich keinen Schutz vor der Rückkehr der Khmer Rouges an die Macht und keine Verurteilung der Genozid-Politik der Pol Pot Anhänger enthalte, sowie die Souveränität der kambodschanischen Regierung nicht beachte.

Der Wortlaut des UN-Plans rechtfertigt diese Befürchtungen jedoch nicht. Die Sektion III des UN-Plans legt eindeutig fest, daß der Supreme National Council (SNC) die „einzig legitime Körperschaft und Quelle der Autorität“ ist. Laut UN-Plan wird der SNC die Unabhängigkeit, Souveränität und Einheit Kambodschas in sich einschließen und den Staat in allen externen Angelegenheiten repräsentieren. Um in Kambodscha einen Waffenstillstand durchzusetzen, die kambodschanischen Parteien zu entwaffnen, allgemeine und freie Wahlen durchzuführen und, um eine neue, demokratische Regierung einzusetzen, soll der SNC die UNO mit der dazu notwendigen Autorität ausstatten.

Die Beziehungen zwischen UNO und SNC sind in Annex 1 des Friedensdokumentes geregelt. Danach muß die UN Transitional Authority Cambodia (UNTAC) den Vorschlägen des SNC zustimmen, wenn diese einstimmig von allen Mitgliedern des SNC unterstützt werden und wenn sie mit den Zielsetzungen des UN-Plans übereinstimmen. Falls diese Voraussetzungen nicht erfüllt sein sollten, bleibt die letzte Entscheidung beim UN-Repräsentanten.

Diese Regelung gibt dem SNC volle Souveränität, bindet ihm jedoch gleichzeitig an die vorher vereinbarten Bestimmungen. Die Machtbefugnisse der UNTAC werden die Interessendurchsetzung einer einzigen Fraktion verhindern. Es erscheint daher unlogisch, einerseits die Einschränkung der UNTAC-Rolle zu fordern und andererseits einen Mangel an Vorkehrungen gegen die Durchsetzung von Einzelinteressen (z.B. der Khmer Rouges) zu konstatieren.

In den letzten Monaten hat die Hun Sen Regierung Vorschläge unterbreitet, wie aus Sicht der Phnom Penh Fraktion die Rückkehr des verhaßten Pol Pot Regimes verhindert werden könnte. Zentrale Punkte sind die Auflösung der politischen und wirtschaftlichen Einheit der Khmer Rouges und die Forderung nach einer öffentlichen Absage an die Praktiken der Vergangenheit seitens der Pol Pot Anhänger. Hun Sen verlangt außerdem die Errichtung von Pufferzonen und die Konzentration der einzelnen Fraktionen auf bestimmte Zonen, die nicht verlassen werden dürfen.

Am 8. März dieses Jahres hat auch die japanische Regierung einen bisher nicht in allen Einzel-

heiten bekannten Friedensplan vorgelegt. Er basiert im wesentlichen auf der UN-Konzeption, sieht gestaffelte Wahlen vor, an denen nur die Parteien teilnehmen dürfen, die sich an den Waffenstillstand halten, und setzt sich für eine peacekeeping Organisation ein, die aus Mitgliedern der japanischen Selbst-Verteidigungs-Streitkraft besteht. Vom 2-3 Juni hat auf indonesische und französische Initiative in Jakarta eine weitere SNC-Versammlung stattgefunden, auf der Norodom Sihanouk auf den Vorsitz verzichtet hat. Die strittige Frage des SNC-Vorsitzenden und des Vize-Vorsitzenden und damit „Außenministers“ (bisher von Hun Sen beansprucht) wurde auf eine Sitzung Mitte Juni in Thailand verschoben.

Insgesamt bleibt der Friedensprozeß ein Trauerspiel ohne gleichen, und auch für dieses Jahr ist keine Einigung der zerstrittenen und maßlos mißtrauischen Fraktionen in Sicht. Es wäre der seit Jahrzehnten leidgeprüften kambodschanischen Bevölkerung wirklich zu gönnen, daß die Quadratur des Kreises endlich gelänge.

vgl. BP., 22.3.; FAZ, 19.3.; The Nation, 16.5.; ND, 31.5.; Indochina Chronology, April 91

Der umstrittene Waffenstillstand

Am 22.4.91 gaben UN-Generalsekretär Perez de Cuellar und die Co-Präsidenten der IPC in New York eine Erklärung ab, in der sie die kambodschanischen Fraktionen aufforderten, vom 1. Mai an einen Waffenstillstand einzuhalten. Sinn dieser Forderungen sei es, so Perez de Cuellar, die seit Januar dieses Jahres ständig zunehmenden Feindseligkeiten einzudämmen und damit eine freundlichere Atmosphäre für die Jakarta-Gespräche zu schaffen. In den darauffolgenden Tagen stimmten der SOC, FUNCINPEC und die DK einem Waffenstillstand zu, während die KPLNF Son Sanns sich zunächst abwartend verhielt und eine offizielle Mitteilung verlangte. Das vietnamesische Parteiorgan „Nhan Dan“ äußerte seine Zufriedenheit über den Waffenstillstandsplan.

Wie nicht anders zu erwarten, beschuldigten sich die kambodschanischen Parteien schon am Stichtag des Waffenstillstandes gegenseitig erneuter Feindselig-



Warten auf Waffenstillstand und Frieden.

aus: Brown/Kline: Kampuchea, 79

keiten. Die Phnom Penh Regierung bezichtigte die Roten Khmer am 1. und 2. Mai Angriffe im Norden Kambodschas durchgeführt zu haben, bei denen „viele Bauern“ getötet worden seien. Gleichzeitig klagte Prinz Sihanouk Phnom Penh an, Rebellenstützpunkte attackiert zu haben.

Anfang Mai schlug Hun Sen dem US-Senator John Kerry vor, den Waffenstillstand von neutralen UN-Beobachtern kontrollieren zu lassen. Bei dieser Gelegenheit könne sich die Kommission, so Hun Sen, auch vergewissern, daß keine vietnamesischen Truppen auf kambodschanischem Territorium seien. Laut AFP und Reuter haben die Khmer Rouges der daraufhin eingesetzten UN-Gruppe unter Leitung des ghanaischen Generals Dibuma den Zugang zur Edelsteinstadt Pailin verweigert. Nach Angaben eines Redakteurs der Zeitung „Neues Deutschland“ haben die Khmer Rouge der Phnom Penh Fraktion damit gedroht, daß sie den Waffenstillstand brächen, wenn der UN-Plan bis zum 5. Juni nicht bedingungslos von ihnen akzeptiert worden sei.

vgl. NZZ, 24.4.; ND, 25.4.; Independent, 27.4.; NZZ, 2.5.; SZ, 7.5., FEER, 9.5.; SZ, 14.5.91



Mühsamer Wiederaufbau

aus: Brown/Kline: Kampuchea, 79

Verschärfte Situation in den Flüchtlingslagern

Nach UNO-Schätzungen sind in den letzten Monaten wieder Tausende von Flüchtlingen in den Lagern an der thailändischen Grenze angekommen. Häufig seien die Flüchtlinge von den medizinischen Hilfeleistungen vollständig abgeschnitten. Die UNO-Vertreter äußerten die Furcht vor einer Hungerkatastrophe.

In den ersten Monaten dieses Jahres hat die Zahl der Vertriebenen nach Angaben einer britischen Hilfsorganisation um 30%

zugenommen. Insgesamt gesehen übersteigt die Anzahl der kambodschanischen Flüchtlinge und Vertriebenen bei weitem die Anzahl der flüchtigen Kurden im Irak. Die US Agency for International Development wiederum berichtet, daß in den besetzten Gebieten Kambodschas in den letzten Jahren tausend Ärzte und Krankenschwestern ausgebildet worden seien, so daß kein Mangel an medizinischem Personal, Einrichtungen und Medikamenten herrsche.

Nach Angaben eines Mitarbeiters der deutschen Sektion von World Vision wird diese Organisation in diesem Jahr 4 Mio. US-Dollar für Kambodscha bereitstellen. World Vision hat 1980 das erste „Nationale Kinderhospital“ in Kambodscha errichtet. Dort werden heute, so der Mitarbeiter, 600-1200 ambulante und 200 stationäre Fälle behandelt.

vgl. FAZ, 12.4.; FR, 12.4.; Independent, 18.4.; ND, 20.4.91

Verstärktes Engagement der USA

Als am 12. März die Führer der Widerstandskoalition sich mit Vertretern der chinesischen Regierung trafen, fand gleichzeitig eine Zusammenkunft des US-Assistenten-Staatssekretärs Solomon mit chinesischen und sowjetischen Politikern statt. Vorangegangen waren Warnungen des chinesischen Außenministeriums, daß die Waffenhilfe an die Khmer Rouge fortgesetzt würden. Wie Solomon sich bei den Gesprächen vergewissern konnte, wollten die Chinesen die Regierung nur dazu bringen, dem Friedensprozeß keine wei-

teren Stolpersteine in den Weg zu legen.

Auch die Bush-Administration hat in der letzten Zeit den Druck sowohl auf Vietnam, als auch auf die kambodschanische Widerstandskoalition erhöht.

Am 12.4.91 meldete Reuter, daß die USA die jährliche Wirtschaftshilfe von 20 Mio. US-Dollar an Sihanouk vorerst eingestellt hätten. Als Begründung führte das Außenministerium Berichte an, denen zufolge die Armee Sihanouks militärisch mit den Einheiten der Roten Khmer kooperierten. Dieses Jahr werden daher voraussichtlich nur 7 Mio. US-Dollar für humanitäre Zwecke an die von Sihanouk geführte Koalition fließen.

Die USA gab außerdem bekannt, daß sie überprüfen werde, ob auch die Phnom Penh Regierung humanitäre Hilfe erhalten sollte. Um den Friedensprozeß in Kambodscha voranzubringen und gleichzeitig die Beziehungen zu dem seit 1979 vom westlichen Wirtschaftsboycott betroffenen Vietnam wieder aufzunehmen, hat Solomon einen vier Phasen Plan entworfen. Dieser macht die Aufnahme von Normalisierungsgesprächen zunächst einmal von der Zustimmung Vietnams zum UNO-Friedensplan abhängig. Die zweite Phase sieht eine teilweise Aufhebung der Wirtschaftssanktionen vor, wenn ein Waffenstillstand in Kambodscha eingetreten ist. Daraufhin sollen in einer dritten und vierten Phase, die mit der Durchführung der Wahlen in Kambodscha einhergehen, zunächst die Beziehungen zwischen Washington und Hanoi wieder aufgenommen und dann das Embargo vollständig beseitigt werden.

vgl. SZ, 14.3.; NZZ, 16.3.; The Economist, 16.3.; SZ, 12.4.; NZZ, 23.4.; FEER, 9.5.91

Alternative Kommunalpolitik



Hey, fans..

... hinein in die Kommunalpolitik. Denn dort existiert zuviel Altparteienfilz, zuviel tagespolitisches Klein-Klein, zuwenig ökologisches und soziales Bewußtsein. Als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt zeigen wir neue - bessere - Wege auf.

Die AKP berichtet laufend in Schwerpunkten über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr, Frauenpolitik usw.

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

Die AKP erscheint 6-mal in Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 8,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 48,- DM. Auslandsabos kosten 55,- DM. Bestellkatalog oder kostenloses Probeheft anfordern:

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/1775 17)

Fachzeitung für grüne und alternative Kommunalpolitik